



An alle Landtagsabgeordneten und Mitglieder von Stadträten und Kreistagen in NRW

Problembeschreibung

Weltweit sind etwa 150 Millionen Frauen an ihren Genitalien beschnitten. In Nordrhein-Westfalen leben schätzungsweise 5.600 Mädchen, die von weiblicher Genitalbeschneidung betroffen oder bedroht sind.

Weibliche Genitalbeschneidung kommt vor allem in Afrika vor, besonders in Nordost-, Ost- und Westafrika. Es gibt sie aber auch im Nahen Osten, in Südostasien – und unter Einwanderinnen in Europa, den USA, Kanada, Australien und in Neuseeland. Ein Teil der nach Deutschland eingewanderten Familien führen oftmals ihre Tradition fort und lassen ihre Töchter beschneiden. Gerade in Zeiten steigender Flüchtlingszahlen ist hier besondere Beachtung geboten.

Eine fast undurchdringliche Tabumauer umgibt die Mädchen und erschwert den Schutz vor Beschneidung. Hinzu kommt, dass die betroffenen Frauen und Mädchen hier auf Behörden und Fachkräfte treffen, die oft keine Erfahrung mit dem Thema haben.

Die täglichen sozialen, körperlichen und psychischen Belastungen für die Frauen und Mädchen sind vielfach gravierend. Durch das Entfernen der Geschlechtsteile bleibt im Extremfall nur eine stecknadelgroße Öffnung übrig, die das Urinieren und die Menstruation zur Qual macht. Eine gewaltfreie und liebevoll erlebte Sexualität ist unmöglich. Geburten können lebensgefährlich sein.

Eine wirksame Bekämpfung von Mädchenbeschneidung ist in Nordrhein-Westfalen nur möglich, wenn alle Beteiligten, Institutionen und Behörden sensibilisiert und in eine gemeinsame Strategie eingebunden sind.

Informieren und Aufklären

Viele Menschen in NRW kommen aus beruflichen Gründen mit von Genitalbeschneidung betroffenen Frauen und gefährdeten Mädchen in Kontakt. Diese ÄrztInnen, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ehrenamtliche MitarbeiterInnen, Hebammen, Krankenschwestern und Pfleger aber auch MitarbeiterInnen von Institutionen, Behörden (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Jugend- und Ausländeramt, Polizei) und Beratungsstellen müssen über das Thema informiert sein. Nur wenn sie Kenntnis über Herkunftsländer, Hintergründe sowie körperliche und psychische Begleiterscheinungen und Probleme haben, können sie aktiv helfen.

Das bedeutet konkret:

- ❖ Das Wissen, in welchen Ländern eine hohe Prävalenzrate vorliegt, kann bereits beim ersten Kontakt zu Kindern und Frauen eine erhöhte Sensibilität bewirken und in der Konsequenz eine Beschneidung verhindern.
- ❖ Durch die Kenntnis der körperlichen und psychischen Auswirkungen und Folgeschäden, die eine Beschneidung mit sich bringt, kann Leiden vermindert werden.
- ❖ Langjährige Erfahrungen der spezialisierten Beratungsstellen zeigen, dass eine Beratungs- und Aufklärungsarbeit ausschließlich auf den Bereich Mädchenbeschneidung eingegrenzt nicht wirksam ist. Es empfiehlt sich, wichtige Lebensfragen aus benachbarten sozialen, medizinischen oder weiteren Bereichen einzubeziehen.

Der Runde Tisch NRW gegen Beschneidung von Mädchen ist deshalb auf vielen Veranstaltungen präsent, informiert und führt selbst oder in Kooperation mit anderen Organisationen Veranstaltungen durch.

Nun bitten wir um Ihre Unterstützung!

Tragen Sie mit dazu bei, dass die Beschneidung von Mädchen ein Ende hat.

Mögliche Aktivitäten:

- PolitikerInnen auf Landesebene sowie Mitglieder von Stadträten und Kreistagen machen deutlich, dass sie Mädchenbeschneidung verurteilen und bekämpfen. Sie machen deutlich, dass sie der sozialen und psychischen Hilfe für betroffene Frauen und Mädchen einen hohen Stellenwert einräumen.
- Sie setzen sich landesweit und in den Kommunen für eine Zusammenarbeit mit den Runden Tischen gegen die Beschneidung von Mädchen ein.
- Auf Landesebene und in den Kommunen werden Veranstaltungen gefördert, mit denen PolitikerInnen, Angehörige der o.g. Berufe sowie interessierte BürgerInnen über das Thema informiert werden, damit sie Handlungskompetenzen erwerben.
- Die Landesregierung und der Landtag werden gebeten, im Zusammenhang mit dem Thema Mädchenbeschneidung eine konsequente Umsetzung des § 8a SGB VIII „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ nachhaltig zu unterstützen.
- Von Landesseite wie auch in den Kommunen sollten Schulprojekte gefördert werden, in denen Jugendliche altersadäquat für das Thema sensibilisiert werden.
- Lehrkräfte und ErzieherInnen werden in der Aus- und Weiterbildung über das Thema informiert und sensibilisiert. Nur wenn eine Gefährdung erkannt wird, kann entsprechend gehandelt werden.
- In den Bereichen Polizei und Justiz werden Schulungen angeboten, um interkulturelle Kompetenzen weiter zu fördern.

Darüber hinaus bitten wir um die Förderung von Strukturen:

- Nur durch eine finanzielle Förderung können die professionellen BeraterInnen der Beratungsstellen wesentlich effektiver als bisher aufklären und Mädchenbeschneidung verhindern.
- Die Einrichtung einer Kontaktstelle im Gesundheitsministerium als interministerielle Leitstelle für alle themenbezogenen Fragen halten wir für sinnvoll.
- Durch die Finanzierung für „Kleinprojekte“ wie Veranstaltungen, Kommunalen Runden Tischen und Flyern kann die ehrenamtliche ebenso wie die professionelle Arbeit gefördert werden.

Wenn Sie Fragen und Anregungen haben oder Unterstützung bei Ihren Aktivitäten benötigen – nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Runder Tisch NRW gegen Beschneidung von Mädchen